



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/04967**
Datum: 24.05.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.03.2019	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	16.05.2019	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	21.05.2019	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	22.05.2019	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	29.05.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale)

Beschlussvorschlag:

In § 8 (1) 6. der Verwaltungskostensatzung der Stadt Halle (Saale) wird Folgendes eingefügt:

~~c) Informationsstände u. ä. von nicht kommerziellen Veranstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Parteien u. ä. zu zählen sind.~~

c) Informationsveranstaltungen auf einer Fläche bis zu 10 m² **bei von** nicht kommerziellen

Veranstaltungen von ~~Verstaltern, wie Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen und~~

Parteien zu zählen sind.

gez. Dr. Bodo Meerheim

Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

In der jetzigen Verwaltungskostensatzung sind bereits Gebührenbefreiungen für verschiedene Sachverhalte vorgesehen. Mit diesem Antrag würden auch Vereine, Verbände u. ä. die Chance haben, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten Bürger*innen umfangreich über ihre Tätigkeit zu informieren. Damit könnte außerdem Interesse für eine Beteiligung in diesen Gremien geweckt werden, um noch mehr Bürger*innen für eine ehrenamtliche Arbeit zu begeistern. Die Angebote zur Gestaltung des Lebens in unserer Stadt würden dadurch erweitert. Diese sollte im öffentlichen Interesse von Halle (Saale) liegen.